

Protokoll des 3. Bundesparteitags von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG am 26. November 2017 in Karlsruhe

TOP 1 Begrüßung

- Danksagung der Vorstandsvorsitzenden an die Mitglieder und Bewegter*innen

TOP 2 Formalia (Bestimmung der Wahlkommission etc.)

- Bestimmung der Versammlungsleitung
 - Vorschlag: Anett Polzin, Felix Pahl, Alexander Thamm, Henrike Ostwald, Michael Hohenadler, Raja Köpke
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung einstimmig angenommen.
- Bestimmung der Schriftführung
 - Vorschlag: Deniz Özkan, Ronja Teschendorf, Colin Greb, Max Nölscher
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung einstimmig angenommen.
- Bestimmung der Wahlkommission
 - Vorschlag: Clemens Holtmann, Sabine Onayli, Simon Filser, Reglinda Behrends, David Polak, Karin Frey, Ralf Beuer, Sven Latzel, Ralf Schneider, René Gerlitz
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung einstimmig angenommen.
- Bestimmung der Zählkommission
 - Vorschlag: Gerald Ehrlich, Katharina Bopp, Sigrid Ott
 - Der Vorschlag wird in offener Abstimmung bei einer Enthaltung angenommen.
- Abstimmung über die Antragsfristen
 - Vorschlag: Anträge bis zum 5.11. und Änderungsanträge bis zum 17.11. Einstimmig angenommen
- Verabschiedung der Tagesordnung
 - Änderung der Tagesordnung: Ein neuer Tagesordnungspunkt "Vor den Wahlen zu behandelnde Dringlichkeitsanträge" soll als TOP 3 eingefügt werden. Bei einer Enthaltung angenommen.
 - Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.
- Verabschiedung der Geschäftsordnung
 - Felix Pahl erläutert Änderungen in der beantragten Geschäftsordnung gegenüber der Geschäftsordnung des 2. Bundesparteitags:
 - Reduzierung der Redebeitragszeit auf 90 Sekunden
 - Erhöhung der Beitragsanzahl je Antrag auf 4
 - Felix Pahl erläutert die Änderungsanträge zu der ursprünglich beantragten Geschäftsordnung:
 - Die Geschäftsordnung gilt dauerhaft.
 - Das Rederecht der Antragsteller*in ist an eine Person ihrer Wahl übertragbar.
 - Kein Widerspruch zu den Änderungsanträgen.
 - Die so geänderte Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Vor den Wahlen zu behandelnde Dringlichkeitsanträge

- Dringlichkeitsantrag D1
 - Kontrarede zur Befassung: Sabine Sedlaczek aus NRW
 - Abstimmung zur Befassung: Ja: 45 Nein: 27 Enthaltung: Rest
 - Damit wird der Dringlichkeitsantrag befasst.
 - Abstimmung zur Behandlung des D1 im aktuellen TOP 3 vor den Wahlen
 - abgelehnt → Der Antrag wird unter TOP 9 zusammen mit den anderen Anträgen zu Satzung und Ordnungen behandelt.
- Dringlichkeitsantrag D2
 - Pro- und Kontrarede zur Befassung
 - Befassung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt
- Dringlichkeitsantrag D7
 - Pro- und Kontrarede zur Befassung
 - Befassung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt

TOP 4 Tätigkeitsbericht und Entlastung des Vorstandes

- Melanie, Benedikt, Alexander, Julia, Lea, Mudi treten nach vorne
- Bericht:
 - Mitgliederentwicklung: Anfangs 49, heute 371. Zwei Schübe, direkt nach der Parteigründung und nach der Bundestagswahl, 14 ausgetreten aus persönlichen Gründen. Mitgliedergewinnungsverfahren: Gezielte Ansprache von Frauen und Menschen mit Diskriminierungserfahrung, Frauenanteil: 35%, Ziel: 50%
 - Finanzbericht: Erste Spenden für die Partei, ohne dass Werbung betrieben wurde, vorher von dem Verein Demokratie in Bewegung. 40% der Spenden kamen vor der Bundestagswahl. Finanzielle Mittel sind wesentlich gesunken.
 - Empfehlung für einen neuen Vorstand (Tipps): Lernt euch kennen, lernt eure Stärken und Schwächen kennen, transparent arbeiten und die Zeit für Transparenz einplanen. Arbeit einteilen, strukturieren. Mit der Geschäftsstelle zusammenarbeiten. Klare Verantwortlichkeiten einteilen bei größeren Aktionen. Bei ausbleibender Antwort nachhaken und nachfragen, gut zusammen arbeiten. Seid nett zueinander und habt Spaß :)
 - Abstimmung zur Entlastung: Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen wird der Vorstand entlastet.

TOP 5 Wahl Bundesvorstand

- Die Wahlkommission hat Clemens Holtmann zum Wahlleiter bestimmt.
- Antrag zum Wahlverfahren
 - Der Wahlleiter stellt und erläutert einen Antrag zur Wahlordnung, der online veröffentlicht wurde und in der Versammlung projiziert wird.
 - Der Antrag wird ohne Gegenstimmen angenommen.

- Damit hat der Bundesparteitag gemäß § 2 Abs. 3 der Wahlordnung für die gemeinsame Wahl gleicher Ämter einmalig die folgenden Bestimmungen zu §11 der Wahlordnung getroffen, die an die Stelle von §11 Abs. 4 treten:
 - (4) Für jede Quotenregelung wird festgestellt, wie viele der Ämter für Mitglieder der entsprechenden Gruppe reserviert werden müssen, um die satzungsgemäßen Mindestquoten zu erfüllen. Dabei ist ab drei Ämtern und dann wieder jeweils für weitere volle vier Ämter ein Amt für Menschen mit Diskriminierungserfahrung (im Folgenden: „Vielfalt“) zu reservieren, so dass die Anzahl der Reservierungen jeweils dieselbe ist wie bei der platzweisen Wahl gemäß §6 Abs. 1 und 2. Dabei sind §6 Abs. 3 und 4 der Wahlordnung anzuwenden.
 - (5) Bei der gemeinsamen Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands wird die Quotierung laut §6 Absatz 6 auf den gesamten Vorstand angewandt. Im gesamten Vorstand sind gemäß dem vorangehenden Absatz 4 vier Ämter für Frauen und zwei Ämter für Vielfalt zu reservieren. Die Anzahl der Reservierungen bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands ergibt sich, indem diese Gesamtzahl an Reservierungen um die Anzahl der Mitglieder der jeweiligen Gruppe reduziert wird, die bereits als Vorsitzende oder Schatzmeister/in gewählt wurden.
 - (6) Die Kandidierenden, die die erforderliche Mehrheit nach §10 erreicht haben, werden nach absteigender Anzahl der Ja-Stimmen geordnet. Im Folgenden beziehen sich „erste“ und „letzte“ auf diese Ordnung.
 - (7) Zunächst werden so viele der ersten Kandidierenden ausgewählt, wie Ämter zu wählen sind. In dieser Auswahl werden dann gegebenenfalls Kandidierende ersetzt, um die Quotenregelungen zu erfüllen.
 - (8) Bis die Auswahl die Vielfaltsquote erfüllt, ersetzt die erste nicht ausgewählte Person mit Vielfalt die letzte ausgewählte Person ohne Vielfalt.
 - (9) Bis die Auswahl die Frauenquote erfüllt, ersetzt die erste nicht ausgewählte Frau die letzte ausgewählte Person, die keine Frau ist. Falls dadurch die Vielfaltsquote verletzt werden würde, können nur Personen ohne Vielfalt ersetzt werden; ist dies nicht möglich, können stattdessen nur Personen mit Vielfalt ersetzen.
 - (10) Bei Stimmgleichheit ist §11 Abs. 3 anzuwenden.
 - (11) Die Reihenfolge im Sinne von §6 Abs. 5 bilden die ausgewählten Kandidierenden in Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen. Insoweit nach §6 Abs. 1 und 2 eine bestimmte Reihenfolge notwendig wäre, um die dort platzweise definierten Quotenregelungen zu erfüllen, werden die ausgewählten Kandidierenden entsprechend umgeordnet.
- Der Wahlleiter beantragt die gemeinsame Wahl der Vorsitzenden.

- Angenommen bei 3 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen
- Der Wahlleiter beantragt die parallele Wahl von Vorsitzenden und Schatzmeister*in.
 - Angenommen bei 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung
- Die Kandidat*innen für Bundesvorsitz und Schatzmeister*in stellen sich vor:
 - Julia Beerhold (Vorsitz) stellt sich vor
 - Leon Beleke (Vorsitz) stellt sich vor
 - Frage von Regine Deutsch: Würde Leon als Beisitzer kandidieren, falls er nicht als Vorsitzender gewählt würde.
 - Antwort: Ja.
 - Alexander Plitsch (Vorsitz) stellt sich vor
 - Dorothee Vogt (Schatzmeister*in) stellt sich vor
- Der Wahlleiter erläutert erneut die Möglichkeiten zur Ausfüllung des Stimmzettels (gültige und ungültige Stimmen)
- Die Wahl beginnt und die Stimmzettel werden mit 2 Urnen eingesammelt
- Der Wahlleiter stellt fest, dass alle Stimmzettel eingesammelt wurden, und schließt die Wahl zu einer 10-minütigen Auszählung
- Vor der Bekanntgabe der Wahlergebnisse erläutert die Versammlungsleitung, dass laut Wahlordnung die Wahl nicht ausdrücklich angenommen werden muss, sondern als angenommen gilt, wenn der*die Gewählte dem nicht ausdrücklich widerspricht.

Wahlergebnisse:

***Julia Beerhold und Alexander Plitsch wurden als Vorsitzende gewählt.
Dorothee Vogt wurde als Schatzmeisterin gewählt.***

- Der Wahlleiter beantragt die gemeinsame Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstands.
 - Bei einer Gegenstimme angenommen.
- Die Kandidat*innen als weitere Mitglieder des Bundesvorstands stellen sich vor:
 - Rene Pickhardt zieht seine Kandidatur zurück, Leon Beleke aus NRW kandidiert
 - Andrea Blitz aus Rheinland-Pfalz stellt sich vor
 - Frage: Welche Eigenschaften bringt sie mit?
 - Antwort: Sie hat viele verschiedene Verantwortungspositionen übernommen und wusste sich durchzusetzen.
 - Lea Brunn stellt sich vor.
 - Guido Drehsen stellt sich vor.
 - Marcus Erpenbach aus Sachsen stellt sich vor.
 - Frage: Welche Art der Diskussion soll stattfinden?
 - Antwort: Durch Provokation soll eine ergebnisorientierte Diskussion stattfinden, da Menschen erst durch Provokation zur Diskussion angeregt werden.
 - Franka Kretschmer aus Sachsen-Anhalt stellt sich vor.
 - Donald Houwer stellt Narges Lankarani aus Berlin vor, da sie verhindert ist.
 - Frage: Wie hat Donald sie im Wahlkampf erlebt?
 - Antwort: Donald war sehr begeistert von Narges' großem Engagement in Brandenburg und Berlin.
 - Manuel Murupa aus Sachsen-Anhalt ist nicht vor Ort, aber ein Video von ihm wird eingespielt.

- Jörg Rupp aus Baden-Württemberg stellt sich vor.
 - Frage: Wäre Jörg aufgrund seiner beschriebenen Art nicht besser im Landesvorstand aufgehoben?
 - Antwort: Jörg ist überzeugt, eine andere Rolle im Bundesvorstand einzunehmen als im Landesvorstand; ist gut ausgebildet in Kommunikation
- Thomas Schalow aus Hessen stellt sich vor.
 - Frage: Wie stellt sich Thomas die Frauenpolitik in der DiB vor?
 - Antwort: Er hat in der Zeit seines Studiums gendergerechte Sprache verwendet und möchte es jetzt auch innerhalb der Partei tun.
 - Weitere Frage: Was ist die Motivation hinter Thomas' Kandidatur in den Vorstand?
 - Antwort: Erneuerung in den Themen, beispielsweise Energieerzeugung, Bildung und Lobbykontrolle; bundesweiter Arbeitskreis, in dem alle Arbeitskreise vertreten sind. Wenn alles so läuft, wie er sich das vorgestellt hat, wäre seine Position nicht mehr nötig.
- Sabine Sedlaczek aus NRW stellt sich vor.
- Klaus Dieter Seiffert ist nicht vor Ort und wird auch nicht vertretend vorgestellt.
- Benedikt Sequeira Gerardo stellt sich vor.
- Leon Beleke stellt sich erneut vor.
- Der Wahlleiter erläutert erneut das Wahlverfahren
- Die Wahlkommission sammelt die Stimmzettel ein
- Der Wahlleiter erklärt das Einsammeln der Stimmzettel für beendet
- Die Wahlkommission zieht sich zum Auszählen zurück.

TOP 6 Wahl Bundesschiedsgericht

TOP 7 Wahl Kassenprüfer*innen

- Die Versammlungsleitung ruft die Kandidat*innen zur Wahl der Richter*innen des Bundesschiedsgerichts auf und fragt nach weiteren Bewerber*innen um das Amt als Richter*in des Bundesschiedsgerichts.
- Die Kandidat*innen als Richter*in des Bundesschiedsgerichts stellen sich vor:
 - Marcel Batangtaris-Weitershausen aus Köln stellt sich vor.
 - Helen Hass aus Baden-Württemberg stellt sich vor.
 - Florian stellt Sara Redolfi aus Berlin vor.
 - Vasco Silver aus dem Saarland stellt sich vor.
- Die Kandidat*innen als Ersatzrichter*in für das Bundesschiedsgericht stellen sich vor:
 - Steffen Dierich ist nicht vor Ort.
 - Melanie Matthes aus Baden-Württemberg stellt sich vor.
 - Felix Pahl aus Berlin stellt sich vor.

Wahlergebnisse des vorangehenden Wahlgangs:

***Benedikt Sequeira Gerardo, Narges Lankarani, Lea Brunn und Franka Kretschmer* wurden als weitere Mitglieder des Bundesvorstands gewählt.**

- Der Wahlleiter beantragt die gemeinsame Wahl der Richter*innen, Ersatzrichter*innen und Kassenprüfer*innen.
 - Angenommen.
- Der Wahlleiter beantragt zunächst die parallele Wahl der Richter*innen, Ersatzrichter*innen und Kassenprüfer*innen, zieht den Antrag aber dann zurück, da mindestens eine Kandidatin als Ersatzrichterin kandidieren würde, wenn sie nicht als Richterin gewählt wird.
- Es werden dementsprechend zunächst nur die Richter*innen in gemeinsamer Wahl gewählt.
- Die Wahlzettel werden eingesammelt.
- Der Wahlgang wird für geschlossen erklärt.
- Die Wahlkommission zieht sich zur Auszählung zurück.

Wahlergebnisse:

Marcel Batangtaris-Weitershagen, Helen Hass und Sara Redolfi wurden als Richter*innen des Bundesschiedsgerichts gewählt.

- Der Wahlleiter beantragt die gemeinsame Wahl der Ersatzrichter*innen sowie der Kassenprüfer*innen
 - Der Antrag wird einstimmig angenommen.
- Der Wahlleiter beantragt die parallele Wahl der Ersatzrichter*innen und Kassenprüfer*innen
 - Der Antrag wird bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommen.
- Es werden dementsprechend die Ersatzrichter*innen und Kassenprüfer*innen in gemeinsamer und paralleler Wahl gewählt.
- Kandidat*innen für das Amt der Kassenprüfer*innen:
 - Anja Schnappauf aus Brandenburg und Dirk Cremer aus Schleswig-Holstein sind beide nicht vor Ort.
- Die Wahlzettel werden eingesammelt.
- Der Wahlgang wird für geschlossen erklärt.
- Die Wahlkommission zieht sich zur Auszählung zurück.

Wahlergebnisse:

Melanie Matthes und Felix Pahl wurden als Ersatzrichter*innen des Bundesschiedsgerichts gewählt.

Anja Schnappauf und Dirk Cremer wurden als Kassenprüfer*innen gewählt.

TOP 8 Abstimmung über angenommene Initiativen

- Offizielle Verabschiedung der seit dem letzten Bundesparteitag im Plenum angenommenen Initiativen, die parteirechtlich vom Bundesparteitag bestätigt werden müssen.
- Abstimmung über die Verabschiedung der 16 neu angenommenen Initiativen:
 - Seenotrettung im Mittelmeer unterstützen
 - Gesellschaftlich-nachhaltige Innovationsförderung durch einen Frühinvestmentfonds

- Unterzeichnung des Aufrufs: Reichtum umverteilen - ein gerechtes Land für alle!
- NEIN zu Tierversuchen
- Insolvenzverfahren für EU-Staaten
- Rauchverbot in Fahrzeugen bei minderjährigen Mitfahrern
- Änderung zur Initiative „Verbot von geschlechtsdiskriminierender und sexistischer Werbung“
- Deutschland - Atomwaffenfreie Zone
- Reform der Rundfunkstaatsverträge zur Verpflichtung der ÖRR-Sender
- Saubere Luft auf deutschen Straßen!
- Organspender per Gesetz für Alle
- Arbeitslosenzahlen transparent und ehrlich veröffentlichen
- Vereinfachung des Zulassungsverfahrens zu Bundestags- und Landtagswahlen
- Leitlinien zur Flüchtlingspolitik
- DiB formiert sich zur transnationalen Partei
- Tempo 130
- Bei 6 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen angenommen

TOP 9 Änderungsanträge zu Satzung und Ordnungen

- Die Versammlungsleitung schlägt vor, die vom Papiertiger-Team als “schnell” und als “wichtig” eingeordneten Anträge zuerst zu behandeln und dann die übrigen Anträge in der Reihenfolge, in der sie per Fragebögen priorisiert wurden.
Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen angenommen
- Es werden zuerst die beiden Anträge behandelt, die sowohl als “schnell” als auch als “wichtig” eingeordnet wurden.
 - A3: Zeit für Umsetzung der Abstimmungsordnung
Alexander Plitsch: Wenn Änderungen der Abstimmungsordnung technische Entwicklungszeit benötigen, sollen sie erst nach der Umsetzung der technischen Änderungen gelten.
Abstimmung: bei 1 Gegenstimme ohne Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen
 - D4: Verkürzte Frist bei kurzfristigen Wahlen
Sabine Sedlaczek: Im Falle von Neuwahlen ist die Frist von 10 Tagen zur Einladung zu Wahlen zu lang.
Abstimmung: bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen
- Als nächstes werden die als “schnell” eingeordneten Anträge behandelt.
 - A33: redaktionelle Änderungen
Abstimmung: einstimmig angenommen
 - A7: Klärung der Befangenheit
Benjamin Kampmann: Es geht um Formulierungen, die nicht eindeutig sind.
Abstimmung: einstimmig angenommen
 - A9: Grundsatzprogramm in Satzung
Benjamin Kampmann: Der Begriff “Grundwerte” ist in der Satzung nicht eindeutig definiert, daher die Änderung und der Bezug zum Grundsatzprogramm, in dem die Grundwerte definiert sind.

- Abstimmung: bei 3 Enthaltungen angenommen
- A15: Schiedsgerichtsordnung aufräumen
Benjamin Kampmann: Es geht darum, Formulierungsprobleme zu beheben.
Abstimmung: bei einer Enthaltung angenommen
 - A28: Änderungen der Satzung greifen sofort
Florian Stinner: Nach dem letzten Bundesparteitag waren Änderungen nicht gleich schriftlich zugänglich. Der Antrag soll die Bindung der verabschiedeten Änderungen sofort geltend machen, da dies in der Satzung nicht explizit geregelt ist.
Frage von Dorothee Vogt: Ändert sich dadurch etwas, oder war das auch bisher schon so und wird nur klargestellt?
Felix Pahl: Seiner Auffassung nach war das auch bisher so; da es aber darüber Meinungsverschiedenheiten gab, wird es klargestellt.
Abstimmung: bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen angenommen
 - A31: Trennung von Schiedsgericht, Amt und Mandat
Fürrede von Jörg Rupp: Schiedsrichter*innen sollen nur ihr Amt als Richter*innen ausüben. Nach der bisherigen Regelung konnten sie nur nicht im Vorstand sein.
Gegenrede von Rigo Rothenbröker: Nach dem Parteiengesetz soll das Schiedsgericht nur unabhängig vom Vorstand sein; es gibt keinen Grund, politische Tätigkeit zu untersagen, da die Aufgabe im Streitfall nur darin besteht, die Satzung und das Parteiengesetz auszulegen.
Abstimmung: Bei 27 Gegenstimmen, 16 Enthaltungen angenommen
 - Als nächstes werden die als "wichtig" eingeordneten Anträge behandelt.
 - A6: Landesschiedsgerichte
Benjamin Kampmann: Landesschiedsrichter*innen müssen nicht Mitglied des jeweiligen Landesverbandes sein, da viele Landesverbände noch zu klein sind.
Abstimmung: Bei 1 Enthaltung angenommen
 - A19: Abstimmungsordnung zwischen Parteitag ändern
Abstimmung: Bei 9 Enthaltungen mit 2/3-Mehrheit angenommen
 - A23: Prüfung von Initiativen
Benjamin Kampmann: Klarstellung des Verfahrens, da in der aktuellen Abstimmungsordnung die Zuständigkeit für die Prüfung von Initiativen z.T. nicht klar geregelt ist
Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung mit 2/3-Mehrheit angenommen
 - A2: Zusammensetzung des Kuratoriums
Alexander Plitsch: Zum Kuratorium, das laut Abstimmungsordnung im Konfliktfall prüft, ob eine Initiative den Grundwerten entspricht.
Vorschläge für die Änderung der Formulierung:
 - a) alle Abstimmungsberechtigten,
 - b) nur Parteimitglieder,
 - c) zur Hälfte Parteimitglieder und Bewegerte*innen.
 Verfahrensantrag: Anwesende Bewegerte*innen sollen beim Stimmungsbild abstimmen dürfen.
Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen angenommen

Zunächst wird dementsprechend ein Stimmungsbild einschließlich der Beweger*innen gemacht, wobei alle Abstimmungsberechtigten beliebig viele Stimmen vergeben können. Die Varianten b) und c) haben eindeutig am meisten Stimmen.

Es folgt eine Stichwahl zwischen diesen beiden Varianten.

Variante b): 28 Stimmen

Variante c): 43 Stimmen

Dementsprechend wird nun der Antrag mit Variante c) zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 6 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen

- A5: Verfahren für das Kuratorium
Benjamin Kampmann: Verfahren zur Auswahl der Mitglieder des Kuratoriums, um innerhalb von 15 Tagen zu einem Ergebnis zu kommen
Abstimmung: Bei 4 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen
- Es folgt die Befassung der übrigen Anträge entsprechend der Reihenfolge, in der sie per Fragebögen priorisiert wurden. Dabei wurden alle Anträge gemeinsam priorisiert, unabhängig davon, ob sie die Satzung und die Ordnungen betreffen, und werden somit nun alle zusammen behandelt.
 - Zunächst muss noch geklärt werden, wie mit zwei Dringlichkeitsanträgen umzugehen ist, die bei der Priorisierung nicht mehr berücksichtigt werden konnten.
 - Zunächst wird entschieden, ob diese Dringlichkeitsanträge überhaupt zur Befassung zugelassen werden.
 - D6: Abstimmung zu Antreten bei Neuwahlen
Alexander Plitsch: Da die Jamaika-Sondierungen gescheitert sind, wäre eine Positionierung von DiB wichtig.
Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen ist der Antrag zur Befassung zugelassen.
 - D5: Ablehnung einer Großen Koalition
Fürrede von Tobias René Keisers: DiB muss sich zur Großen Koalition positionieren.
Gegenrede von Ralf: Mensch kann nicht sagen, dass die Große Koalition abgewählt wurde, sie hat sich nur nicht gefunden. Außerdem wäre die Resolution sinnlos.
Abstimmung: Bei 36 Ja-Stimmen, 32 Gegenstimmen, 11 Enthaltungen ist der Antrag zur Befassung zugelassen.
- Als nächstes wird entschieden, wann die Anträge behandelt werden sollen.
 - Abstimmung, ob D5 am Anfang oder am Ende der priorisierten Anträge behandelt werden soll. Es wird entschieden, den Antrag D5 am Ende der priorisierten Anträgen zu behandeln.
 - Abstimmung, ob D6 sofort behandelt werden soll. Es wird entschieden, den Antrag D6 sofort zu behandeln.

- Damit ist als nächstes der Antrag D6 zu behandeln.
 - D6: Abstimmung zu Antreten bei Neuwahlen
 - Pro-Rede von Alexander Plitsch: Aufgrund vieler Diskussionen soll auf dem Marktplatz abgestimmt werden.
 - Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen angenommen
- Nun werden die priorisierten Anträge in der Reihenfolge der Priorisierung behandelt.
 - A21: Verfahren bei Aussetzung von Quoten
 - Dorothee Vogt: Wenn keine Personen anwesend sind, die unter eine Quote fallen, sollen die zur Wahl anwesenden Mitglieder darüber abstimmen, ob die Quote ausgesetzt wird. Ein Aussetzen ohne Abstimmung ist nicht möglich.
 - Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme, 3 Enthaltungen angenommen
 - A10: Marktplatz als Teil der Abstimmungsplattform
 - Pro-Rede von Colin Greb: Aktueller Ist-Zustand gibt nicht vor, dass der Marktplatz zwingend vorkommt. Der Marktplatz soll durch die Änderung der Satzung gesichert werden.
 - Gegenrede von Thomas: Bei Änderungen des Namens oder Modifikation von Tools wäre ein weiterer Bundesparteitag nötig.
 - Pro-Rede von Regine Deutsch: Der Marktplatz ist essentiell für die Partei, er muss in die Ordnung.
 - Abstimmung: Bei 5 Gegenstimmen, 13 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen
 - A 30: Doppelmitgliedschaft
 - Pro-Rede von Jörg Rupp: DiB bietet Mitgliedern anderer Parteien genug Raum, sich als Bewegter*innen zu engagieren.
 - Gegenrede von Sabine Sedlaczek
 - Gegenrede von Alexander Plitsch: Politik anders machen, DiB soll anders sein und als Plattform dienen. Veränderungen zulassen und schauen was passiert.
 - Pro-Rede von Thomas: Thomas hat sich verliebt in Juliane und Juliana. Er wird nicht die Zeit für beide finden, die sie verdienen, also muss er sich zwischen ihnen entscheiden.
 - Abstimmung: 33 Ja-Stimmen, 39 Gegenstimmen, 10 Enthaltungen, Antrag abgelehnt
 - A35: Förderung junger Menschen
 - Pro-Rede von Sabine Sedlaczek: Das Recht zur politischen Willensbildung junger Menschen, und eine eigene Kategorie zum Austausch, wie es sie bereits auf dem Marktplatz für Frauen und Vielfalt gibt.
 - Gegenrede von Sara: prinzipiell super, aber es wäre für DiB unpassend die Altersgrenzen festzulegen.
 - Gegenrede von Nora: Erwachsene und Jugendliche sollen im Gespräch bleiben, die Trennung wäre nicht in Ordnung.

Pro-Rede von Hauke: Beispiel vom Stammtisch: 12-Jährige fühlte sich in der Altersgruppe bis 25 besser verstanden, für den Landesverband Schleswig-Holstein ist beschlossen worden, dass die Altersgruppen sich vorher besprechen können aber die große Abstimmung immer noch im gemeinsamen Rahmen stattfinden soll.

Abstimmung: Bei 11 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen angenommen

- A17: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes

Dorothee Vogt: Die jetzige Formulierung ist eine völkische und somit unpassend für DiB.

Abstimmung: Bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen

- A1: keine Obergrenze für Landesvorstände

Alexander Plitsch: Begrenzung aufheben. Landessatzung kann individuell regeln, wie viele Vorstandsmitglieder es gibt.

Abstimmung: Bei 3 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen

- A32: reduzierter Mitgliedsbeitrag ohne Nachweispflicht

Katharina Bopp aus Rheinland-Pfalz: Es soll keinen Nachweis geben müssen, um Vielfalt zu fördern. In der Quotierungsregelung fördert die DiB Vielfalt ohne die Forderung eines Nachweises.

Weitere Pro-Rede von Andrea Blitz aus Rheinland-Pfalz: Als verheiratete Hausfrau ohne eigenes Einkommen kann man das nicht belegen. Bei Menschen mit Einkommen vom Arbeitsamt ist es eine weitere Diskriminierung durch DiB.

Abstimmung: Bei 4 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

- A22: keine Strafe für Anrufung des Kuratoriums

Pro-Rede von Sabine Sedlacek: Sperrzeit der Initiator*in nach einer Ablehnung durch das Kuratoriums. Damit wird das Einlegen eines Rechtsmittels bestraft, was nicht sein sollte.

Gegenrede von Colin Greb: Grund für das Anrufen des Kuratoriums ist meist, dass die Initiative nicht den Grundwerten der DiB entspricht. Bürokratischer Nervenakt, wenn eine Initiative immer wieder gestellt wird und das Kuratorium sich immer wieder mit dem gleichen Thema beschäftigen muss.

Pro-Rede von Clemens Holtmann: Das Einlegen eines Rechtsmittels sollte nicht bestraft werden. Die Angst am Anfang war, dass die Rechtspopulist*innen diese Art der Einbringung missbrauchen, was bis heute nicht vorkam.

Abstimmung: 34 Ja-Stimmen, 19 Gegenstimmen, 26 Enthaltungen. Damit hat der Antrag die zur Änderung der Abstimmungsordnung erforderliche $\frac{2}{3}$ -Mehrheit verfehlt und ist abgelehnt.

- A18: Geburtsort in Deutschland
 - Sabine Sedlaczek: Staatsangehörigkeit ist nicht in unserem Sinne definiert, jeder Mensch mit Geburtsort in Deutschland soll die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, daher soll Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aber mit deutschem Geburtsort die Parteimitgliedschaft gewährt werden.
 - Abstimmung: Bei 5 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen angenommen.
- V3: Gender-Sternchen
 - Sabine Sedlaczek: Gendersternchen steht für Gendervielfalt
 - Antrag von Valentin Gashi aus Baden-Württemberg auf Verschiebung der Abstimmung über den Antrag V3
 - Begründung: verschiedene Ausföhrung und Schreibweisen in unterschiedlichen Regionen Deutschlands, schwierige Umsetzung
 - Gegenrede von Benjamin Kampmann aus Berlin
 - Abstimmung: Antrag auf Verschiebung abgelehnt
 - Pro-Rede zum Antrag selbst von Katharina Bopp: Einheitlichkeit in der Satzung schaffen
 - Abstimmung: Bei 5 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen
- D1: Landesverbandsklausel für Bundesschiedsgericht
 - David Polak für die drei Antragsteller*innen: Vetternwirtschaft aufgrund von Bekanntheitsgrad vermeiden
 - Frage von Nora: Bedeutet das, dass große Familien nicht als Mitglieder bei DiB willkommen sind?
 - Antwort von David Polak: Nein.
 - Pro-Rede von Regine Deutsch: In Zukunft wichtig, damit bei Konflikten z.B. mit dem eigenen LV keine Befangenheit entsteht, weil mehrere Richter aus diesem LV sind. Für jetziges Schiedsgericht zu früh, da sich noch alles im Aufbau befindet
 - Contra-Rede von Sabine Sedlaczek: Das eben gewählte Bundesschiedsgericht verstößt bei Annahme des Antrags gegen die Schiedsgerichtsordnung
 - Benjamin Kampmann stellt einen Änderungsantrag: Die Änderung durch den Antrag D1 tritt erst zur nächsten Wahl des Bundesschiedsgerichts in Kraft.
 - Abstimmung über den Änderungsantrag: Bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen
 - Abstimmung über den so geänderten Antrag: Mit 42 Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen, 15 Enthaltungen wird der Antrag angenommen
- A20: Reform der Quotierung
 - Colin Greb: Quotierung und Änderung der Quotierung. Ist-Zustand: komplizierte Formulierung, mögliche Überschneidung von Vielfaltsquote mit Frauenquote, starre Reservierung der

Platzverteilung und Listenplätze. Offene Plätze können als Männerplätze verstanden werden. Vorrang der Vielfaltsquote mit der neuen Regelung umsetzbar, da sich dann die Vielfaltsquote nicht mit der Frauenquote überschneidet.

Abstimmung: Bei 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen

- A12: Rechte und Pflichten von Vorständen und Gremien

Der Antrag wurde kurz vor dem Antragschluss um Mitternacht an eine falsche Mailadresse gesendet, kurz nach Mitternacht an die richtige, und ist deshalb formal betrachtet ein Dringlichkeitsantrag.

Die Versammlung beschließt, den Antrag zu behandeln.

Drakon Mavromatis: Im Sinne von mehr Basisdemokratie ist es notwendig, eine Beanstandungsmöglichkeit zu haben, um auf die Arbeit von Vorständen und Gremien

Einflussmöglichkeiten zu haben. Dafür müssen zur Kontrolle Vorstandssitzungsprotokolle allen Mitgliedern zugänglich sein.

Die Beanstandung soll über eine Urabstimmung gemäß §11 stattfinden. Es wird eine genauere Version der Regelungen dieses Antrages geben für einen nächsten Parteitag.

Frage: Werden die Beschlüsse, vor allem wichtige Beschlüsse, bei den Fristen von 30 Tagen gehemmt?

Antwort von Drakon: Die Beschlüsse des Vorstands treten sofort in Kraft.

Frage: Was, wenn es Beschlüsse betrifft, die nicht rückgängig gemacht werden können?

Antwort: Dann können sie nicht rückgängig gemacht werden.

Deshalb sollte die Beanstandung zeitig stattfinden können, indem die Protokolle rechtzeitig bei den Mitgliedern ankommen.

Gegenrede von Klaus: Die Offenlegung von Vorstandsprotokollen kann gegen Datenschutzregelungen verstoßen und somit einen Gesetzesverstoß darstellen.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 28 Gegenstimmen, 24 Enthaltungen; damit ist der Antrag abgelehnt.

- A27: DEMOKRATIE IN BEWEGUNG als Arbeitgeberin

Florian Stinner: Erfolgreiche und strukturierte Organisation, sodass DiB als Arbeitgeberin auftreten kann. Transparenz ist hierbei nicht gegeben, da es keine Stellenausschreibungen gibt. Florian zieht seinen Antrag zurück; er wollte den Bundesvorstand darauf aufmerksam machen, damit er sich bis zum nächsten Bundesparteitag damit befasst.

- A4: Terminologie zu Diskriminierung

Benedikt Sequeira Gerardo: Vielfaltsquote ist noch etwas schwammig, Geschlechtsidentität ist auch nicht klar formuliert. Die Begrifflichkeiten sollen geklärt werden.

Abstimmung: Bei 2 Enthaltungen mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit angenommen

- A16: Programm anerkennen statt vertreten oder bekennen
Dorothee Vogt: Formulierungsänderung, Mitglieder und Beweger*innen sollen zwar Programmentscheidungen des Plenums anerkennen, das Bekenntnis dazu ist jedoch eine persönliche Entscheidung und soll nicht als Zwang vorgeschrieben werden.
Abstimmung: Bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung angenommen
- A29: Aufteilung des Mitgliedsbeitrags
Jörg Rupp: Der Antrag wird zurückgezogen, da es noch zu früh ist, um darüber zu entscheiden. Er plädiert an den Bundesvorstand, sich damit zu befassen und bis zum nächsten Bundesparteitag einen Vorschlag zu machen.
- A36: Mehrteilige Initiativen
Simon Filser zieht seinen Antrag aus demselben Grund wie bei A29 zurück
- A13: Beiräte des Vorstandes
Auch dieser Antrag wurde kurz vor dem Antragschluss um Mitternacht an eine falsche Mailadresse gesendet, kurz nach Mitternacht an die richtige, und ist deshalb formal betrachtet ein Dringlichkeitsantrag.
Die Versammlung beschließt, den Antrag zu behandeln.
Drakon Mavromatis: Der Vorstand soll/darf Beiräte berufen können; Ist-Zustand: Im Moment ist das nicht in der Satzung. Es würde die Parteiarbeit mittels der Teamarbeit voranbringen und professionalisieren.
Gegenrede von Clemens: Unterstützenswert, bei Fragen Expert*innen ranholen ist immer gut. Aber die Satzung wächst, es wird zu viel in die Satzung aufgenommen. Er ermutigt den Vorstand, sich Hilfe zu holen.
Gegenrede von Valentin Gashi: Ein Landesverband oder Kreisverband muss den Bundesvorstand um Erlaubnis bitten, falls Hilfe in Anspruch genommen werden soll. Er befürwortet den Antrag prinzipiell, wünscht aber eine Änderung, sodass der Antrag auf Landesverbände und Kreisverbände ausgeweitet wird.
Pro-Rede von Colin Greb: Förderung der Transparenz
Abstimmung: Mit 20 Ja-Stimmen, 31 Gegenstimmen und 19 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.
- Das angekündigte Veranstaltungsende ist erreicht; daher wird die Behandlung von Anträgen an dieser Stelle beendet. Folgende Anträge können dadurch nicht mehr behandelt werden:
 - A24: Konkretisierung der Mandatsträgerbeiträge
 - EO: Erstattungsordnung
 - V1: Identität der Beteiligten
 - A25: Frist für die Protokolle des Parteitags
 - A26: Beschlussumsetzungsfrist
 - D5: Ablehnung einer Großen Koalition

TOP 10 Verschiedenes

- Für diesen Tagesordnungspunkt liegt nichts mehr vor; die unter diesem Tagesordnungspunkt eingeordneten Anträge wurden zusammen mit den Anträgen zur Änderung der Satzung und der Ordnungen priorisiert und unter TOP 9 behandelt.
- Der Bundesvorstand bedankt sich für das Engagement der Anwesenden und dankt dem Team des Parteitags, den Gastgeber*innen vom Walhalla, dem Fotografen/Techniker Lukas, ...